

Die Lage nach dem Pariser Gipfeltreffen

Autor(en): **Riemeck, Renate**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **54 (1960)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140472>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

den die Partisanen der Barmherzigkeit *neue Formen* finden und ihre Werke *in der Freiheit der Kinder Gottes* vollbringen müssen, dienend allein dem Reiche Gottes, das heißt: nur um seineswillen dem Staat.

*

Ich möchte diesen Aufsatz nicht als unverbindlichen Aufweis der Notwendigkeiten der Stunde hingenommen wissen, sondern als *Aufruf*, der «*Konsequenzen*» hat. Möchten die Leser der «*Neuen Wege*» sich darüber ernsthaft Gedanken machen und angestrengt nach den neuen Wegen suchen, auf denen die Werke der Barmherzigkeit realisiert werden können. Die Stunde ist sehr vorgerückt und es ist keine Zeit mehr, von vagen Hoffnungen auf politische Konstellationen Wandlungen zu erwarten. Wir selbst müssen uns wandeln und als Gewandelte handeln.

Die von evangelischer Seite gegründeten Zivildienste für fremde Völker sind ein sehr verheißender, guter Anfang. Hier kann das neue «*Ritter-Ethos*» Wurzel schlagen, das das Böse der kaititischen Partisanenmörderei durch das Gute barmherzigen Dienstes überwindet.

Georg D. Heidingsfelder

Die Lage nach dem Pariser Gipfeltreffen

Die Pariser Gipfelkonferenz ist nicht gescheitert. Sie ist nicht zustande gekommen. Gescheitert ist der Versuch, Koexistenzbemühungen unmöglich zu machen und die internationale Entwicklung unrettbar in die Phase eines unversöhnlich erscheinenden West-Ost-Gegensatzes zurückzudrehen. Das hat Chruschtschew mit seinem tumultuarischen und für viele westliche Beobachter befremdenden Auftreten in Paris verhindert. Er durchbrach die diplomatischen Konventionen und schlug — unangenehm hörbar — mit der Faust auf den Tisch. Was hat er erreicht? Daß die Koexistenzbestrebungen fortgesetzt werden müssen und können. — Daß die Verhandlungen über die Entspannung in der Welt und speziell in Mitteleuropa (Berlinproblem und Deutschlandfrage!) auf der Tagesordnung bleiben. — Daß der nächsten amerikanischen Regierung die Hände nicht gebunden sind.

Es ist angesichts der — allerdings nur in der Bundesrepublik einhellig propagierten — Deutung der Pariser Ereignisse nicht ohne weiteres einsichtig, weshalb sich diese Thesen vertreten lassen. Man hat sich deshalb einiger Tatsachen zu erinnern und sie ins rechte Licht zu rücken. Zweifellos hat Chruschtschew das Risiko einkalkuliert, daß der westliche Propagandaapparat in und nach Paris einen nicht unerheblichen Erfolg verbuchen konnte: Die Entspannungshoffnungen breiter Kreise der Öffentlichkeit in den westlichen Ländern waren enttäuscht worden, und es konnte daher nicht schwerfallen, Chruschtschew als denjenigen erscheinen zu lassen, der die Konferenz und damit die Aussicht auf eine Beilegung des Kalten Krieges zerstört hatte.

War er es doch gewesen, der den U-2-Zwischenfall «hochgespielt» und dem amerikanischen Präsidenten «demütigende» und also «unannehmbare» Forderungen gestellt hatte. «Chruschtschew ist an allem schuld», war die erste Reaktion. Aber nur die erste.

In den letzten Wochen ist die Welle der Emotionen, die das Nichtzustandekommen der Gipfelkonferenz ausgelöst hatte, abgeebbt. Eine kühlere Beurteilung der Vorgänge beginnt sich durchzusetzen.

Die Bedeutung des U-2-Zwischenfalls

Da ist zunächst die Sache mit dem «Erkundungsflug» der ursprünglich als «Wetterflugzeug» ausgegebenen Militärmaschine. **Walter Lippmann**, dessen Stellungnahme in der «Stimme der Gemeinde» (Nr. 11) veröffentlicht wurde, hat die dadurch entstandene Lage sofort richtig eingeschätzt: Chruschtschew war durch den Zwischenfall von Swerdlowsk in eine äußerst schwierige Position gedrängt worden, zumal sich Eisenhower geweigert hatte, die Brücke zu benutzen, die ihm der sowjetische Ministerpräsident gebaut hatte, indem er die Auffassung vertrat, der Flug sei wohl «ohne Wissen des Präsidenten inszeniert» worden. Eisenhower machte es nach Lippmanns Meinung «Chruschtschew unmöglich, die Affäre zu übergehen. Hätte Chruschtschew es trotzdem getan, so wäre er Gefahr gelaufen, der Welt, dem sowjetischen Volk, seinen Kritikern in der Sowjetunion und seinen kommunistischen Alliierten gegenüber zuzugeben, daß er den Vereinigten Staaten das Recht zugestanden habe, sowjetisches Territorium zu verletzen. Kein Staatsmann in irgendeinem Lande kann sich nach solch einem Zugeständnis im Sattel halten.»

Sehr bald erklärte auch der amerikanische Präsidentschaftskandidat **Kennedy**, daß er sich an Eisenhowers Stelle entschuldigt haben würde, und rückte deutlich von dem fatalen Entschluß des Präsidenten ab, sich mit den Machenschaften von Allan Dulles und dessen provozierenden U-2-Unternehmungen zu identifizieren. **Adlai Stevenson** wandte sich sogar gegen die Versuche verschiedener Senatoren seiner (in Opposition stehenden) Partei, nach dem Fiasko von Swerdlowsk der amerikanischen Regierung Schützenhilfe zu leisten und in «gemeinsamer Außenpolitik» zu machen. Amerika scharte sich nicht um Eisenhower, wie man es hierzulande gerne gesehen hätte. Man kritisierte ihn statt dessen heftig und mit großer Schärfe. Die für den Völkerrechtsbruch Verantwortlichen mußten sich einem Verhör unterziehen — ein politischer Akt, der beweist, daß man es sich in Amerika doch nicht ohne weiteres gestatten darf, «im Gebrauch der Macht nicht pingelig» zu sein. Die Vernebelungstaktik, mit der man bei uns — mit Ausnahme des «Spiegel» — den U-2-Zwischenfall behandelte («Seht, die Russen haben auch Spione!»), konnte in Amerika trotz der Versuche amtlicher Sprecher und regierungstreuer Presseorgane nicht erfolgreich angewendet werden.

Man hat auch die klägliche Rolle bemerkt, die Cabot Lodge im Weltsicherheitsrat spielte, als er das Überfliegen sowjetischen Hoheitsgebietes durch US-Militärmaschinen zu verteidigen hatte. Lodges ernstgemeinte Argumentationen wirkten so komisch, daß die Delegierten der anderen Mächte mehrmals in lautes Gelächter ausbrachen — so schwach war die Position der Amerikaner.

In den Vereinigten Staaten ist man sich sehr wohl bewußt, daß Swerdlowsk kein üblicher Spionagefall war, sondern eine Verletzung des geltenden Völkerrechts, die nicht dadurch verkleinert werden kann, daß man zynisch zugibt, sie sei auch schon in den letzten Jahren laufend praktiziert worden.

Ein «Zwischenfall», wie er sich am 1. Mai durch den Befehl zum Einflug in die Sowjetunion ereignete, ist eine militärische Provokation, die besonders schwerwiegen muß, weil sie sich unmittelbar vor einer Konferenz ereignete. Im 19. Jahrhundert würde ein solcher «Zwischenfall» unweigerlich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Amerika geführt haben. Dies geschah nicht. Eine weltweite Krise wäre die Folge gewesen. *Aber diese Krise fand nicht statt.* Zu furchtbar ist die Möglichkeit der atomaren Weltvernichtung, zu stark ist der Wille der Verständigungsbereiten in West und Ost, sich von militaristischen Abenteurern nicht in das Verderben stürzen zu lassen. (Wir haben auf diese Strömung in der globalen Politik in Nr. 10 dieser Zeitschrift aufmerksam gemacht: «Die Krise findet nicht statt».)

Der Großalarm und die Gipfelkonferenz

Chruschtschew fuhr trotz des U-2-Zwischenfalls und trotz der Erklärung Eisenhowers (er habe davon gewußt) zum Gipfeltreffen. Er erschien zur allgemeinen Überraschung sogar zwei Tage vor Beginn der Konferenz in Paris — offenbar um zu sondieren, ob sich durch eine Vermittlung Englands oder Frankreichs noch eine für die Sowjetunion befriedigende amerikanische Erklärung aushandeln ließe. Eine genaue Analyse der Vorgänge in Paris ergibt, daß zumindestens Macmillan um diesen Ausgleich bemüht war. In der Umgebung des amerikanischen Präsidenten scheint man geteilter Meinung gewesen zu sein, denn anders ist es nicht zu erklären, daß sich die von Berufs wegen entspannungsfeindlichen Kreise des Pentagons zum Eingreifen genötigt sahen. Was jetzt geschah, ist beispiellos in der Geschichte diplomatischer Verhandlungen:

Der amerikanische Verteidigungsminister Gates ordnete Großalarm für alle amerikanischen Streitkräfte an, das heißt er setzte sie in Atombereitschaft! Gates schuf dadurch eine Atmosphäre, die es sowohl Eisenhower als auch Chruschtschew unmöglich machen mußte, die durch den U-2-Zwischenfall entstandenen Spannungen zu beseitigen.

Dieser Alarm, nicht aber die angeblichen Machtkämpfe in der Sowjetführung (für die es keinen Beweis gibt) oder gar die Beschwörung des chinesischen Schattens (der allerdings als Trauma auf der amerikanischen Politik lastet) erklärt das intransigente Verhalten Chruschtschews bei der ersten Begegnung der Großen Vier am Tage nach der Nacht vom 15. zum 16. Mai.

Ein Großalarm bedeutet im Zeitalter der strategischen Bomberkommandos und Raketenbasen das gleiche, was einstmals eine Mobilmachung darstellte! Man mache sich einmal klar: In der Nacht vor der offiziellen Eröffnung der Gipfelkonferenz werden über Rundfunk und Fernsehen die Urlauber zu den Waffen gerufen und in dem weltweiten amerikanischen Stützpunktsystem rund um die Sowjetunion wird schlagartig der Einsatz für den atomaren Angriff erprobt, der sich bekanntlich innerhalb weniger Minuten vollziehen muß, wenn er Erfolg haben soll!

Es ist bezeichnend für die mangelnde Vorstellungskraft und die Urteilsschwäche der Menschen hinsichtlich der atomaren Kriegführung, daß dieser als «Probealarm» bezeichnete Befehl in seiner grauenhaften Wirklichkeit überhaupt nicht begriffen wurde. Wenige Stunden vor der Begegnung der vier Staatsmänner, zwischen denen noch der Fall Swerdlowsk stand, wurde also eine neue Belastung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen konstruiert.

Damit war das Schicksal der Konferenz besiegelt.

Chruschtschew blieb jetzt gar keine andere Wahl, als in scharfer Form auf der Entschuldigung Eisenhowers für den U-2-Zwischenfall zu bestehen, denn Gates hatte durch seinen «Alarm» (gegen den zu protestieren selbstverständlich keine rechtliche Handhabe besteht) eindeutig zum Ausdruck gebracht, in welchen Zusammenhang das Pentagon den Flug vom 1. Mai gerückt zu sehen wünschte. (Vergleiche hierzu auch «Spiegel», Nr. 25.)

Der «Alarm» war eine Demonstration der Politik der Stärke, ein Versuch, den Geist von John Foster Dulles wiederzuerwecken, der stets betont hatte, man dürfe mit den Sowjets überhaupt nicht oder nur unter dem Druck absoluter militärischer Überlegenheit verhandeln. Die hinter Gates und dem Pentagon stehenden Kreise der amerikanischen Rüstungsindustrie scheinen gehofft zu haben, durch diese plötzliche Wiederbelebung einer totgeglaubten Konzeption die Entspannungskräfte bremsen und die Gipfelkonferenz in die ihnen genehmen Bahnen lenken zu können. Das Überraschungsmoment für den weit vom Zentrum seiner Macht entfernten Chruschtschew war dabei sicher auch miteingerechnet.

Die Antwort Chruschtschews war verblüffend: Er annullierte die Konferenz, bevor sie begann, bekundete aber gleichzeitig seine Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen und schlug vor, die Gipfelgespräche um sechs bis acht Monate, das heißt in die Zeit nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl, zu verschieben.

Er brachte damit zum Ausdruck, daß die Weltprobleme nicht nach dem Rezept von John Foster Dulles zu lösen sind und die Sowjetunion nicht bereit ist, in eine Konferenz einzutreten, bei der von vornherein bekundet wird, daß man entschlossen ist — ganz im Dulles-Stil —, den Russen mit militärischer Stärke und unnachgiebiger Härte entgegenzutreten.

Wenn Chruschtschew verhandelt hätte . . .

Was wäre geschehen, wenn Chruschtschew trotz Swerdlowsk und Großalarm verhandelt hätte?

Abgesehen davon, daß Lippmann recht hat, wenn er meint, Chruschtschew hätte sich nicht «länger im Sattel halten» können, muß man sich die Folgen solcher Verhandlungen vergegenwärtigen. Die Anhänger der Politik der Stärke würden daraus die Folgerung gezogen haben, die seinerzeit Bundeskanzler Adenauer zog, als er 1952 das Angebot der Sowjetunion, Verhandlungen über die Wiedervereinigung eines neutralen Deutschlands zu führen, als Schwäche mißdeutete und der Meinung war, der Westen müsse nun nur «noch stärker» werden, um seinen Willen durchsetzen und seine Vorstellung von der «Regelung der osteuropäischen Angelegenheiten» zu realisieren.

Hätte sich Chruschtschew unter den gegebenen Umständen überhaupt auf Verhandlungen eingelassen (die wahrscheinlich gescheitert wären), würden die Anhänger der Politik der Stärke triumphierend darauf hingewiesen haben, daß alles Gerede von Koexistenz Unsinn sei, daß man noch mehr rüsten, noch härter auftreten, noch entschiedener an den Rand des «heißen» Krieges gehen müsse, um zum Erfolg zu kommen. Diejenigen, die gewillt waren, sich dem «weichen Kurs» Eisenhowers zu widersetzen, und den Großalarm ausgaben, um eine mögliche Einigung über Swerdlowsk zu verhindern, wußten, daß sie dabei auf jeden Fall zu einem für sie günstigen Resultat kommen würden. Sie waren sicher nicht so töricht, anzunehmen, daß die Weltmacht Sowjetunion sich unter dem Eindruck der militärischen Demonstration geneigt zeigen würde, in die Verhandlungen einzutreten. Aber sie konnten sich ausrechnen, daß ein Nichtzustandekommen der Gipfelkonferenz zumindestens das befürchtete Einschwenken der amerikanischen Regierung auf die Koexistenzlinie hinauszögern würde. Tatsächlich kletterten denn auch die Aktien der amerikanischen Rüstungsindustrie nach der Pariser Episode schnell wieder in die Höhe, und wir können wieder einmal erkennen, wie eng die «Verteidigung der westlichen Freiheit» und die Neuyorker Börse zusammenhängen. Die kalten Krieger halten eine sehr einfache Antwort für alle politischen Gegebenheiten bereit: *Wenn die Russen nachgeben, muß man die Rüstung verstärken, um sie noch nachgiebiger zu machen. Zeigen sie sich unnachgiebig, muß man ebenfalls verstärkt rüsten, um die drohende «sowjetische Gefahr» abzuwenden.*

Aber diese Antwort ist keine Antwort auf die Wirklichkeit des atomaren Zeitalters. Und weil am Ende einer solchen Politik, die in immer größerer Erstarrung der Fronten zwischen Ost und West führen muß, nur die *gewaltsame Lösung* steht, von der jeder weiß, was sie bedeutet, wird sich auch immer wieder das Streben nach Verständigung gegen alle Kalte-Kriegs-Propaganda geltend machen. Es ist auch in den Vereinigten Staaten so stark, daß sich *Dillon*, der stellvertretende Außenminister (der nächst *Gates* als einer der härtesten der «harten» Politiker gilt), *nach* Paris und *trotz* aller antisowjetischen Ressentiments zu der Erklärung bereifunden mußte: «Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um eine rationale Kommunikation mit der kommunistischen Welt zu erreichen (!). Wir müssen jede Gelegenheit ergreifen, um Vereinbarungen mit den Kommunisten zu erzielen, die einen echten Fortschritt in Richtung des Friedens bringen können.»

Diese Erklärung ist das eigentliche Ergebnis von Paris. *Dillon*, der Ende April durch seine entspannungshemmenden Äußerungen *Chruschtschews* heftige Rede von *Baku* ausgelöst hatte, befindet sich heute offenbar auf der Suche nach einer Formel für die Koexistenz.

«Armer alter Ike»

Die eigentlich tragische Figur des Pariser Treffens dürfte *Eisenhower* sein. Die Verhöre, denen sich *Allen Dulles*, *Gates* und *Hertter* unterziehen mußten, haben ergeben, daß der Präsident keine Ahnung von den politischen Schachzügen in seiner Umgebung hatte. Er ist überspielt worden und hat sich dann entschlossen, dem fatalen Rat des Pentagons zu folgen und die Verantwortung für alles Geschehene zu übernehmen. Noch in seiner Neujahrsbotschaft hatte *Eisenhower* erklärt, die Koexistenz genüge nicht, man müsse zu einem wirklichen Miteinander kommen, und immer wieder hatte er Gesten gemacht, die darauf hindeuteten, daß er den Wunsch hatte, als «Friedenspräsident» in die Geschichte einzugehen.

Aber der bewährte General des Zweiten Weltkrieges war noch nie den politischen Aufgaben des höchsten Amtes der Vereinigten Staaten gewachsen. Schon in der Ära *Dulles* war es deutlich geworden, daß nicht er die Politik bestimmte. Mehrfach hatte *John Foster Dulles* ihn zurückgepfiffen, wenn er sich mit einer eigenen Stellungnahme vor die Öffentlichkeit gewagt hatte — so, als er die Neutralität Deutschlands zwischen Ost und West für möglich erklärte, oder als er russische Generale als seine «alten Kriegskameraden» bezeichnete und auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges ein Treffen mit ihnen in Aussicht stellte. Nach dem Tode von *Dulles* machte er bereitwillig den Kurs der entspannungswilligen Kräfte mit und ließ sich nach der Begegnung von *Camp David* zu Äußerungen hinreißen, die in der Bundesrepublik nur mit «größter Besorgnis» zur Kenntnis genommen werden konnten.

Die Ereignisse vor, in und nach Paris bereiteten seiner ohnehin ablaufenden Präsidentschaft ein glanzloses Ende. Amerika entdeckt jetzt, daß der «Präsident des Lächelns» dem Lande eine ganze Serie außenpolitischer Mißerfolge hinterläßt: Die Sowjetunion lud Eisenhower wieder aus, Kishi mußte ihn bitten, nicht nach Japan zu kommen, Südkorea und die Türkei machten eine Revolte und enthüllten, daß ihre von den USA als «befreundete Regierung» titulierten Machthaber zwecks «Verteidigung der Freiheit» mit politischem Terror und diktatorischer Zwangsgewalt geherrscht hatten.

«Armer, alter Ike» schrieb der «Daily Herald», als die Absage des Japanbesuches bekannt wurde und der Repräsentant der mächtigen Vereinigten Staaten sich einer weiteren Demütigung ausgesetzt sah. Daß K i s h i , der sich noch am 12. Juni «persönlich für die Sicherheit Eisenhowers verbürgen zu können» glaubte, fünf Tage später den Präsidenten bitten mußte, nicht nach Tokio zu kommen, ist ein Beweis für den wachsenden Widerstand gegen die amerikanische Militärpolitik. Amerikanische Senatoren bezeichneten die Ausladung als «verheerenden diplomatischen Schlag» und halten sie für ein größeres Fiasko als das Nichtzustandekommen der Gipfelkonferenz. Die Unfähigkeit der Kishi-Regierung, die Einladung aufrechtzuerhalten, macht sie zu einem höchst unsicheren Faktor in der amerikanischen Außenpolitik. Daran kann auch die Ratifizierung des heiß umstrittenen Militärvertrags nichts ändern, den Kishi unter beispielloser Ignorierung der pausenlosen Protestaktionen des Volkes in Kraft zu setzen wagte.

Es dürfte ein schlechter Trost für Eisenhower sein, wenn er der Öffentlichkeit vorführen muß, daß er wenigstens noch in Tschiang Kai-scheks Formosa gefeiert werden kann; denn immerhin ist der Herr dieses Inselreiches von Amerikas Gnaden vor gar nicht so langer Zeit von den Amerikanern durch die Veröffentlichung der berühmten «Stillwell-Papers» als Repräsentant eines durch und durch korrupten Systems erschienen, das keine Zukunft hat. Es nützt auch nichts, daß man den bundesdeutschen Zeitungslesern glauben machen möchte, die Ausladung, die Kishi an Eisenhower ergehen lassen mußte, sei durch den «Druck der Straße» erfolgt, «die die kommunistische Propaganda mobilisiert hat» («Welt», 18. 6. 1960). Jeder, dem das Wort Hiroshima geläufig ist, weiß, weshalb sich die politisch bewußten Kreise des japanischen Volkes dagegen wehren, zum wichtigsten Glied in der Kette der amerikanischen Atomstützpunkte in Asien gemacht zu werden. Wie man hört, wollte Eisenhower während seines Japanaufenthaltes auch Hiroshima besuchen und dort eine Rede halten. Es ist gut, daß er durch die Ereignisse an der Ausführung dieses unmöglichen Einfalles der amerikanischen Diplomatie gehindert wurde.

«In den Ländern Asiens ist der verloren, der sein Gesicht verliert», schrieb der Fernostkorrespondent des Axel-Springer-Konzerns am 13. Juni in der «Welt», als er motivieren wollte, weshalb Eisenhower trotz der Massendemonstrationen nach Japan reisen müsse. Er ist nicht

gereist. Hat der Westen nun sein Gesicht verloren? Fest steht, daß die Absage des Besuches zu einer diplomatischen Niederlage geworden ist, die sich Amerika bei besserer Voraussicht hätte ersparen können.

Wie soll das weitergehen?

In politischen Kreisen Amerikas ist man überzeugt, «daß es ohne das Scheitern von Paris auch nicht zu den gewalttätigen Demonstrationen gegen Eisenhowers Besuch gekommen wäre», wie Herbert von Borch aus Washington berichtete. Der Versuch einer Wiederbelebung der «harten Politik des Kalten Krieges» ist in Paris gescheitert, und er wird auch in Japan scheitern. Schon melden sich in Amerika wieder die entspannungsbereiten Kräfte zu Wort. Aber die Vorgänge in den letzten beiden Monaten haben gezeigt, wie rasch sich die an der Erhaltung der Rüstungswirtschaft interessierten Kreise in den Vordergrund spielen können. Wenn alle diplomatischen Mittel versagen, gibt es für sie immer noch die Möglichkeit von «Zwischenfällen» und gegebenenfalls die Notwendigkeit des «militärischen Eingreifens». Diese Gefahren bleiben bestehen, solange man den Militärs Macht und damit Einfluß auf die Politik gibt. Aber auch in Amerika haben Gates und das Pentagon ihre Gegenspieler, und mit Erschrecken nahm die amerikanische Öffentlichkeit anlässlich des Verhörs davon Kenntnis, daß die Entscheidung über Leben und Tod der Menschheit letztlich bei einer Handvoll von Generälen liegt, von denen die Politiker überspielt werden können. Hoffen wir, daß dieses Erschrecken groß genug ist, um den amerikanischen Wahlkampf zu beeinflussen. Denjenigen politischen Kreisen der Vereinigten Staaten, die sich um eine Lösung der Weltprobleme auf dem Wege friedlicher Verhandlungen bemühen und an dem Zustandekommen des großen Ost-West-Gespräches interessiert sind, müssen wir allerdings in aller Deutlichkeit sagen, daß es in der Bundesrepublik wie in Japan ungezählte Menschen gibt, die den Kalten Krieg ablehnen, weil sie in der atomaren Machtpolitik eine tödliche Gefahr erblicken, und daß deshalb niemand das Recht hat, den Eindruck zu erwecken, als stünde die «Bevölkerung der Bundesrepublik hinter Präsident Eisenhower». Wenn dies Herr Strauß — unseren Zeitungen zufolge — in Amerika erklärt hat («Welt», 10. Juni), so muß man entschieden widersprechen. Es trifft auch nicht zu, daß die «Bevölkerung der Bundesrepublik volles Verständnis für den Wunsch der NATO (!) habe, herauszufinden, was hinter dem Eisernen Vorhang vor sich geht». So einfach erledigen sich die völkerrechtswidrigen U-2-Flüge für bestimmte Teile des deutschen Volkes nicht. Denn erstens ist Allan Dulles, der für die Flüge Verantwortliche, nicht die NATO (NATO-Mächte haben sich ausdrücklich davon distanziert!), und zweitens dürfte es gerade in unserem Volke Menschen geben, denen noch in Erinnerung ist, wohin es führt, wenn man nach dem Grundsatz verfährt: «Recht ist, was uns nützt» und fremdes Territorium mißachtet.

In Paris ist keine Türe zugefallen. Wer gehofft hatte, das Koexistenzgespräch durch drastische Maßnahmen unmöglich zu machen, hat sich geirrt. Es kann und muß fortgesetzt werden. Paris hat gezeigt, daß mit der Politik der Stärke nichts mehr zu gewinnen ist. Die Ereignisse in Japan haben es bestätigt. Es wäre deshalb besser, wenn man bei uns die Fehler und Irrtümer dieser ausweglosen Politik aufdecken würde, statt sie zu verschleiern. Die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands hat sich infolge der Bonner Machtpolitik ständig verschlechtert. Es ist deshalb mehr als problematisch, wenn man heute in einem falsch verstandenen «nationalen Interesse» auf eine Kritik des bisherigen Kurses verzichtet und dessen Vertretern — in der vagen Hoffnung, vielleicht doch noch etwas retten zu können — anbietet, über das Vergangene zu schweigen und fortan gemeinsame Sache zu machen.

Renate Riemeck

Aus «Stimme der Gemeinde», 1. Juli 1960

Weshalb Globke nicht fällt

Vor mehreren Jahren hatte der inzwischen verstorbene Kanzlerintimus Dr. Lenz die Absicht, nach Art des Reichspropagandaministeriums eine zentrale Koordinierungsstelle der gesamten bundesrepublikanischen In- und Auslandspropaganda zu schaffen, die unmittelbar dem Bundeskanzleramt unterstellt werden sollte. Damals zerstellte dieser Plan, Presse, Funk, Fernsehen und Film gleichzuschalten, an dem Protest einer aufs höchste alarmierten öffentlichen Meinung.

Jetzt ist dieser Plan, an dem Adenauer seither unentwegt festgehalten hat, erneut auf der Tagesordnung. Eine «Koordinierungsstelle für die informationspolitische Arbeit der Bundesregierung» soll geschaffen werden, die im In- und Ausland besser, als das Presse- und Informationsamt es verstand, die entspannungsfeindliche Politik Bonns propagieren soll. Der «Presse-Koordinator» soll vom Kanzler ernannt und direkt seinem Staatssekretär Dr. Globke unterstellt werden.

Diese Tatsache lenkt den Blick der Öffentlichkeit wieder einmal auf jenen Mann, der als Graue Eminenz seit 1951 die Schlüsselstellung des Bonner Staatsapparates innehat und sie bisher gegen jeden Angriff halten und ausbauen konnte. Der Kommentator der Nürnberger Gesetze muß mächtige Freunde haben, daß er auch die stärksten Stürme gelassen ignorieren konnte. Deshalb ist es interessant, einmal nachzuforschen, wem Dr. Hans Globke sein Amt zu verdanken hat und wer ihn sogar gegen die Bedenken der damaligen Hochkommissare schützte. Aufschlußreich auch deshalb, weil daraus zu ersehen ist, welchen Einfluß der militante Katholizismus Roms auf die Bundesrepublik ausübt.

Nach dem Zusammenbruch des Faschismus tauchte Globke zu-